

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/806 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-
gesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur,
Tourismus und Arbeit

Der Landtag möge beschließen:

1. In Kapitel 0601 wird der Titel 428.01 „Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils 276 TEUR erhöht.
2. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch die entsprechende Absenkung beim Titel 1108 542.01 „Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungseffizienz“.

3. Im Stellenplan zu Kapitel 0601 Titel 428.01 werden vier Stellen in der Entgeltgruppe 13 ausgebracht.

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Die Expertenbefragung „Personalausstattung in der Landesverwaltung zur Umsetzung der Energiewende“ vom 13. Mai 2022 im Wirtschaftsausschuss unterstreicht den personellen Mehrbedarf auf Ebene der Netze eindrucklich. Der Ansatz von vier zusätzlichen Stellen wird diesem gerecht. Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 8/445 geht hervor, dass aktuell vier Referentinnen und Referenten mit circa zwei Vollzeit-äquivalenten (VÄ) in der Planfeststellungsbehörde arbeiten, von denen 1,5 VÄ aus Gebühren finanziert werden. Die geringe Personalausstattung führt zu Verzögerungen bei der Genehmigung von Stromleitungen.

Aus dem Ziel der Bundesregierung, bis 2030 80 % und 2035 100 % des Stromes aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen und zugleich eine erhebliche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zu erreichen, ergeben sich erhebliche Mehrbedarfe in den beteiligten Ämtern und Behörden. Zudem ergeben sich beispielsweise gemäß Flächenanteil an der Bundesrepublik Deutschland aus dem geplanten Zubau von 10 GW Windenergie deutschlandweit ab 2025 mindestens 0,65 GW Zubau pro Jahr in Mecklenburg-Vorpommern statt bisher ca. 0,1 GW. Parallel sind die Netze auszubauen. Diesen Herausforderungen ist mit einem Stellenzuwachs zu begegnen.